

Niederschrift

über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Familien und Soziales und des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend am Mittwoch, 28.11.2007, 16:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschuss für Familien und Soziales

Ausschussvorsitzender:

Walter Langer

stellv. Ausschussvorsitzende:

Karin Agostini

Ausschussmitglieder:

Karin Boomhuis
Susanne Herbst
Claudia Rohlfs
Steffen Schwärmer
Dorothea Weikert

stellv. Ausschussmitglieder:

Iko Chmielewski
Peter Tischer

hinzugewählte Ausschussmitglieder:

Anke Budde
Hans Varrelmann

Bürgermeister:

Gerd-Christian Wagner

Gleichstellungsbeauftragte:

Brigitte Kückens

Von der Verwaltung:

Rainer Adler
Wilfried Alberts
Marion Borchardt
Anke Carstens

Gäste:

Thomas Ahlrichs
Martina Eckhoff
Tanja Vogelsang

Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend

Ausschussvorsitzender:

Iko Chmielewski

Ausschussmitglieder:

Karin Agostini
Karin Boomhuis
Claudia Rohlfs
Peter Tischer

stellv. Ausschussmitglieder:

Walter Langer
Dorothea Weikert

hinzugewählte Ausschussmitglieder:

Hans-Georg Buchtman Vertreter der kultu-
rellen Vereine
Jürgen Büppelmann Vertreter des Sports
Sascha Renken Vertreter der Träger der Ju-
gendarbeit

Bürgermeister:

Gerd-Christian Wagner

Gleichstellungsbeauftragte:

Brigitte Kückens

Von der Verwaltung:

Rainer Adler
Rolf Heeren

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Anträge an den Rat der Stadt
- 2 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 3 Zur Kenntnisnahme
- 3.1 Bisherige Tätigkeitsfelder der Ausschüsse für Kultur, Sport und Jugend sowie Familien und Soziales
- 3.2 Informationen zum Thema Streetworker
- 3.3 Einrichtung von Hortplätzen in Varel - derzeitige Rechtslage
- 4 Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Anträge an den Rat der Stadt

-kein Tagesordnungspunkt-

zu 2 Stellungnahmen für den Bürgermeister

-kein Tagesordnungspunkt-

zu 3 Zur Kenntnisnahme

zu 3.1 Bisherige Tätigkeitsfelder der Ausschüsse für Kultur, Sport und Jugend sowie Familien und Soziales

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Chmielewski führt einleitend aus, dass es bei den in den Ausschüssen für Kultur, Sport und Jugend sowie Familien und Soziales behandelten Themen häufiger zu Berührungspunkten kommt. Er verweist hierzu auf Tagesordnungspunkt 3.2 der heutigen Sitzung, der nach Auffassung beider Vorsitzender die Belange des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend sowie Familien und Soziales berührt. Aus diesem Grunde wurde zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen.

Gleichzeitig bietet es sich in dieser gemeinsamen Sitzung an, weitere Themen mit Berührungspunkten aufzuzeigen. Er bittet deshalb die Verwaltung um Darstellung der behandelten Themen in den beiden Ausschüssen.

Die Verwaltung führt aus, dass im Jahre 1995 der Jugendausschuss (jetzt: Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend) eingerichtet wurde. Davor wurden die Themen im Sozialausschuss behandelt.

Die seit 1995 im Jugendausschuss behandelten Tagesordnungspunkte mit Beschlussfassung umfassten insbesondere den Kindertagesstättenbereich, so u.a.:

- Festsetzung der Elternbeiträge,
- Konzeption des städtischen Kindergartens,
- Abschluss der Vereinbarungen für die Zahlung von laufenden Betriebskostenzuschüssen an die Kindergartenträger,
- Einrichtung von integrativen Gruppen im Kindergartenbereich,
- Einrichtung von Krippenplätzen im städtischen Kindergarten.

Weitere Tagesordnungspunkte umfassten die Jugendpflege sowie Zuschussanträge verschiedener Vereine und Verbände.

Die im Sozialausschuss bzw. Ausschuss für Familien und Soziales behandelten Schwerpunktthemen stellen sich wie folgt dar:

- Seniorenpass und Seniorenbetreuung,
- Tag der älteren Generation,
- Berechtigungsausweis,
- Zuschussanträge verschiedener Vereine und Verbände,
- Heranziehungssatzung des Landkreises Friesland zum SGB XII.

Nach Auffassung der Verwaltung hat es in der Vergangenheit kaum Berührungspunkte zwischen den im Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend sowie Familien und Soziales behandelten Themen gegeben. Eine Berührung zwischen Schulaus-

schuss und Jugendausschuss ergab sich beim Thema “Zusammenarbeit Kindergärten/Schulen”, die auch zu einer gemeinsamen Sitzung führten.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer führt aus, dass die in der Vergangenheit behandelten Themen kaum Berührungspunkte beinhalteten. Nach seiner Auffassung gibt es jedoch eine Reihe sozialer Themen, die es in den Ausschüssen aufzugreifen und zu behandeln gilt und führt hierzu einige Beispiele auf:

- Streetworker,
- Armut,
- soziale Landkarte Varel,
- Vareler Tafel,
- Migration/Integration.

Er bittet darum, diese Themen vorab in den Fraktionen zu behandeln und eine Zuordnung in die entsprechenden Ausschüsse vorzunehmen. Hierbei sei auch der Schulausschuss einzubeziehen.

Ratsherr Langer schlägt weiterhin vor, für die nächste Legislaturperiode eine Zusammenführung der Ausschüsse in Betracht zu ziehen. Die Wahrnehmung der Aufgaben durch einen Ausschuss würde zu einer erheblichen Steigerung der Zahl der jährlichen Sitzungen führen. Dadurch wäre eine zeitnahe Beratung der zu behandelnden Tagesordnungspunkte gewährleistet.

Ratsherr Tischer führt aus, dass er die Notwendigkeit der heutigen gemeinsamen Sitzung nicht erkennt. Nach seiner Auffassung wäre eine Zuordnung der Tagesordnungspunkte auf die bestehenden Ausschüsse möglich und dort zu behandeln.

Der Bürgermeister verweist auf die Ausführungen des Ratsherrn Langer und warnt davor, Themen aufzugreifen, die keine sind. Eingriffe in die Arbeit von Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen, die diese Arbeit gut machen, sind zu vermeiden, um ein funktionierendes System nicht zu gefährden. Eine Hilfestellung sollte lediglich auf ausdrückliche Antragstellung erfolgen.

zu 3.2 Informationen zum Thema Streetworker

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Chmielewski führt aus, dass das Thema Streetworker sowohl eine Angelegenheit des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend wie auch des Ausschusses für Familien und Soziales darstellt. Aus diesem Grunde wurde zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen.

Er begrüsst daraufhin Frau Borchardt von der Agenda-Gruppe, Herrn Ahlrichs von der Beratungsstelle Sucht und Suchtprävention Friesland, Frau Eckhoff und Frau Vogelsang, Schulsozialarbeiterinnen, und Frau Carstens vom Jugend- und Vereinshaus Weberei. Er führt weiter aus, dass sich die Agenda-Gruppe bereits seit einiger Zeit mit dem Thema “Streetworker” befasst hat und bittet Frau Borchardt, über den Stand der Angelegenheit zu berichten.

Frau Borchardt stellt dar, dass sich die Agenda-Gruppe “Eine Welt und Soziales” seit längerer Zeit auch mit dem Thema “Streetworker” befasst. Entwickelt hat sich

dieses Thema aus der Aufgabenstellung "Aufbau eines Netzwerkes mit Einrichtungen in Varel, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten".

Gespräche mit den vorhandenen Einrichtungen ergaben, dass es eine Vielzahl von Angeboten für junge Menschen in Varel gibt. Es ist jedoch unverkennbar, dass viele junge Menschen diese Angebote nicht annehmen.

Aufbauend auf das Projekt Schulsozialarbeit, dessen Umsetzung über die Hellmut-Barthel-Stiftung erfolgte und seit ca. drei Jahren erfolgreich arbeitet, wird z.Zt. ein Konzept für Streetwork in Varel entwickelt.

Frau Borchardt erhofft in der heutigen Sitzung ein Signal zur Fortführung der bisherigen Projektplanungen.

Frau Vogelsang und Frau Eckhoff berichten anschließend über ihre Tätigkeit als Schulsozialarbeiterinnen. Sie stellen heraus, dass die Schulsozialarbeit auf die Schule begrenzt ist. Viele Problemfälle außerhalb der Schule sind nicht abgedeckt, so dass aus ihrer Sicht das Angebot eines Streetworkers in Varel sinnvoll erscheint.

Herr Ahlrichs erläutert daraufhin das Konzept der Jugendberatung, -therapie und -weiterbildung e.V. "Streetwork in der Gemeinde Varel" (Anlage 1).

Mitglieder des Vereins sind Teilnehmer in der Agenda-Gruppe "Eine Welt und Soziales". Der Verein hat sich in Abstimmung mit anderen Trägern aus Varel bereit erklärt, die Trägerschaft für das Projekt zu übernehmen. Der Verein hat bereits Erfahrungen mit anderen vergleichbaren Projekten und erscheint deshalb als Träger gut geeignet.

Herr Ahlrichs sieht das Projekt stark angebunden an die Agenda-Gruppe und an die Schulsozialarbeit unter Berücksichtigung der örtlichen Strukturen. Die Kooperation mit bestehenden Einrichtungen ist notwendig.

Aufgabe des Streetworkers ist die niedrigschwellige Kontaktaufnahme mit jungen Menschen.

Der Bürgermeister bittet Frau Borchardt um Auskunft, ob bereits Aussagen über die Finanzierung des Projekts möglich sind.

Frau Borchardt erklärt dazu, dass z.Zt. die Finanzierungsmöglichkeiten abgeklärt werden. Es erfolgte eine Anfrage, ob ESF-Mittel für entsprechende Projekte zur Verfügung stehen. Daneben sind umfangreiche Recherchen erforderlich, welche Förderungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und wo diese beantragt werden können.

Konkrete Angaben zur Finanzierung des Projekts sind z.Zt. jedoch noch nicht möglich.

Ratsherr Tischer führt aus, dass bereits in der heutigen Sitzung die zukünftigen Handlungsschritte definiert werden sollten. Nach seiner Auffassung sollte die Federführung des Projekts bei der Agenda-Gruppe belassen werden, da diese gute Arbeit leistet.

Es ist eine Bedarfsanalyse durchzuführen, um unter Berücksichtigung der bestehenden Angebote den Umfang zu ermitteln.

Im Falle einer Finanzierungslücke könnte die Stadt Varel in Betracht ziehen, das Projekt bis zur Höhe der durch Stundenreduzierung bei der Jugendpflege eingesparten Mitteln zu fördern.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Chmielewski verweist auf die notwendige Bedarfsermittlung und bittet hierzu Frau Carstens um ihre Darstellung.

Frau Carstens führt aus, dass für die Bedarfsfeststellung der Blickwinkel maßgebend ist. Sie verweist hierzu auf ihre Erfahrungen in den vergangenen 10 Jahren. In dieser Zeit seien lediglich 2 Fälle an sie herangetragen worden, wo sie gebeten wurde, außerhalb ihrer Einrichtung einzugreifen.

Auf der anderen Seite ist ihr sehr wohl bekannt, dass viele Jugendliche die Weiberei meiden, u.a. auch wegen der dort bestehenden Reglementierungen wie z.B. keine Drogen, kein Alkohol und keine Zigaretten. Diese Jugendlichen treffen sich an anderen Orten in Varel. Hier ist ein Bedarf an aufsuchender Sozialarbeit vorhanden. Die Jugendlichen sind jedoch nur schwer erreichbar, so dass eine Kontaktaufnahme sehr schwierig und langwierig sein wird. Eine erfolgreiche Arbeit als Streetworker ist nur möglich, wenn langfristig über Jahre ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann. Eine Befristung dieses Projekts ist deshalb auszuschließen. Wenn ein Streetworker beschäftigt wird, dann auch auf Dauer.

Frau Carstens befürwortet die Idee der Agenda-Gruppe, das Projekt auf die Schulsozialarbeit aufzubauen. Nach ihrer Auffassung besteht für Varel kein Bedarf, einen Sozialarbeiter durch die Strassen zu schicken.

Die von der Agenda-Gruppe geleistete Arbeit ist eine große Hilfe und als vorbildlich zu bezeichnen. Durch die enge Zusammenarbeit verschiedener Organisationen in der Agenda-Gruppe ist bereits eine Vernetzung entstanden, die es gilt, weiter auszubauen.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Agenda-Gruppe bereits viel geschaffen hat. Sie sorgt für eine Vernetzung bereits bestehender Einrichtungen, für eine "soziale Landkarte Varel" und die Finanzierung einzelner Projekte. Die Arbeit der Gruppe und das Engagement der Frau Borchardt verdienen Anerkennung.

Er rät jedoch davon ab, seitens des Ausschusses in die Arbeit der Agenda-Gruppe einzugreifen. Die Arbeit der Agenda-Gruppe sollte in jeder möglichen Form Unterstützung erfahren, aber nicht durch Vorgaben eingeengt werden.

Nach anschließender teilweise kontrovers geführter Diskussion fasst der Bürgermeister zusammen, dass alle Anwesenden zumindest das gleiche Ziel verfolgen. Die weitere Arbeit der Agenda-Gruppe bezüglich der Bedarfsanalyse und Finanzierung des Projekts bleibt abzuwarten. Es werden weitere Sachstandsberichte erfolgen.

zu 3.3 Einrichtung von Hortplätzen in Varel - derzeitige Rechtslage

Die Verwaltung verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend am 16.07.2007, in der über den Antrag des Diakonischen Werkes Varel e.V. auf Einrichtung einer Hortgruppe im Kindergarten "Zum Guten Hirten" beraten wurde. Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt und zur Beratung in die Fraktionen gegeben.

§ 74a SGB VIII bestimmt, dass die Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder durch Landesrecht geregelt wird. In Niedersachsen gilt für diesen Bereich des

Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG).

Nach § 1 KiTaG umfassen Tageseinrichtungen die Bereiche Krippen, Kindergärten und Horte. Einen Rechtsanspruch gibt es z.Zt. nur auf einen Kindergartenplatz. Zuständig für die Finanzierung von Kindertagesstätten sind die Träger der Jugendhilfe. Das Land Niedersachsen gewährt einen Zuschuss in Höhe von 20 % der Fachpersonalkosten.

Träger der Jugendhilfe sind nach den Bestimmungen des SGB VIII grundsätzlich die Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Der Landkreis Friesland hat aber bisher den Kindertagesstättenbereich durch Vereinbarung auf die Gemeinden übertragen. Diese Übertragung soll auch weiterhin durch Abschluss einer neuen Vereinbarung beibehalten werden. Die neue Vereinbarung sieht eine Beteiligung des Landkreises Friesland an den Investitionskosten für die Umwandlung von Kindergartenplätzen in Krippenplätze vor. Eine Förderung für die Schaffung von Hortplätzen ist nicht vorgesehen.

Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) vom 27.12.2004 bestimmt u.a., dass für Kinder unter drei Jahre und im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten ist. Diese Verpflichtung muss spätestens am 01.10.2010 erfüllt sein.

Am 18.10.2007 wurde zwischen dem Bund und den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013" abgeschlossen. Diese Vereinbarung spricht aber nur von einer Investitionsförderung für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahre.

Eine telefonische Anfrage beim Kultusministerium nach der Förderung von Hortplätzen konnte nicht beantwortet werden.

Es ist also z.Zt. nicht erkennbar, wie eine Förderung von Hortplätzen aussehen wird bzw. ob es überhaupt eine solche Förderung seitens des Landes Niedersachsen geben wird.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Chmielewski bittet darum, die Beratungen innerhalb der Fraktionen zum Thema Hortplätze durchzuführen. Zu diesem Thema ist in absehbarer Zeit eine Entscheidung zu treffen.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde durchgeführt.

Zur Beglaubigung:

gez. Walter Langer	gez. Iko Chmielewski	gez. Wilfried Alberts
Ausschussvorsitzender	Ausschussvorsitzender	Protokollführer